

# „Verpumpt man uns, folgt Heidetod“

Raubbau am Grundwasser führt zu Öko-Schäden im Hamburger Umland

Vor Jahresfrist noch hatte sich Franz Heinrich Pillkahn aus Buchholz in der Nordheide eine Pumpe in den Keller legen lassen, weil der meistens unter Wasser stand. Das hätte er sich sparen können: Derzeit kann er da „getrost Kartoffeln und Kunstwerke lagern“. Seit März ist der Keller „staubtrocken“.

Bei Rechtsanwalt Kurt Seegers im nahen Sahrendorf fiel der Fischteich, einst 1,80 Meter tief, bis auf eine kleine Pfütze „über Nacht“ trocken. Die Karpfen kamen um.

Wer durch das Quellgebiet des Pulverbaches will, kann seine Gummistiefel

einst Hermann Löns „auf und unter“ ging, stellenweise in eine „Lüneburger Wüste“ verwandeln: „Verpumpt man uns, folgt Heidetod.“

Nun scheint es bald soweit: Die Schäden in der Nordheide, da sind die Heideschützer sicher, seien die Folge des rapide gefallen Grundwasserspiegels – jüngstes Beispiel dafür, daß überzogene Wasserförderung zur „ökologischen Katastrophe“ führen könne.

Raubbau am Grundwasser hat bereits im hessischen Ried, das den Ballungsraum Frankfurt mit Trinkwasser beliefern muß, die Landschaft verändert:

Diese Bürgerschaft möchten die Heidefreunde nun gern einklagen, doch der Bürge weicht aus. Wohl gebe es „Veränderungen“ in der Nordheide, als Schäden seien die aber noch nicht zu bezeichnen. Fraglich sei zudem, ob der Grundwasser-Fall überhaupt etwas mit dem Hamburger Wasserwerk zu tun habe. Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium verweist auf trockene Winter.

Derweil zählen die Heidebewohner die „Beweise“. Immer mehr Hausbesitzer hören es in den Fugen krachen, im Gasthaus „Zum Braunen Hirsch“ in Nindorf bersten achtzig Jahre alte Backsteinmauern. Gipsmarkierungen, an Wänden befestigt, um Bewegungen im Gemäuer zu registrieren, platzen allerorten ab. Vermutete Ursache: Wenn das Grundwasser sinkt, werden die Fundamente instabil. Wasserschützer Gerhard Schierhorn: „Die Schäden nehmen mit bestürzender Geschwindigkeit zu.“

Hamburg, auf Schadensbegrenzung bedacht, ließ erst mal den Fischteich von Rechtsanwalt Seegers wieder vollpumpen – mit Leitungswasser. Ansonsten warnt Müll- und Wassersenator Jörg Kuhbier vor zu raschen Schlußfolgerungen: Ein Zusammenhang mit dem Hamburger Großverbrauch müsse erst „wissenschaftlich erwiesen“ werden.

Nicht zu Unrecht vermuten die Nordheidjer dahinter Zeitschinderei. Der Senator steckt in der Klemme. Die eigenen Quellen der 1,6-Millionen-Stadt (Jahres-



Demonstration gegen Wasserförderung: „Mit bestürzender Geschwindigkeit ...“

ruhig zu Hause lassen. Aus dem Feuchtgebiet, das man noch nie trockenen Fußes durchwandern konnte, ist ein Trockengebiet geworden.

„Legt Hamburg die Heide trocken?“ fragt besorgt das „Hamburger Abendblatt“, das auch zu berichten weiß, daß die Heidjer „sauer“ sind. Grund: Für die Hamburger Wasserwerke (HWW), deren Brunnen im Stadtgebiet sich mehr und mehr als giftbelastet erweisen, schlürft draußen im Wald bei Hanstedt seit Januar eine „Superpumpe“ bestes Heidewasser aus dem Untergrund – mit Erlaubnis des Landes-Niedersachsen bis zu 25 Millionen Kubikmeter pro Jahr.

Davor hatten Naturschützer gewarnt. Die „Hamburger Wasserräuber“, so die Prophezeiung einer Interessengemeinschaft Grundwasserschutz Nordheide, würden das schnuckelige Land, in dem

2000 Hektar Buchen- und Eichenwald sind verdorrt, Risse im Mauerwerk „von Kindskopfgröße“ machen Häuser unbewohnbar. Ähnliches wird aus dem Loischtal gemeldet, wo Wasser für München gefördert wird, vom Fuhrberger Feld bei Hannover und vom Vogelsberg nahe Gießen.

Durch Bürgerprotest gewarnt, hatte das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung 1983 in der Lüneburger Heide erst mal einen zweijährigen „Großpumpversuch“ gestartet, um mögliche Folgeschäden auszutesten. Ergebnis: Wohl fiel das Grundwasser bis zu zwei Meter, das aber hielten die Bodenforscher für unbedenklich. Niedersachsens Agrar- und Wasserminister Gerhard Glup hatte besorgte Heidjer beschwichigt, Schäden werde er „nicht zulassen“: „Dafür verbürge ich mich.“



... nehmen die Schäden zu“: Wasserschützer

bedarf: rund 150 Millionen Kubikmeter) reichen nicht mehr aus. Die Elbe fällt, weil völlig verschmutzt, als Trinkwasserspender aus, diverse Brunnen sind verseucht oder gefährdet. Weil schnelle Besserung nicht zu erwarten ist, braucht Hamburg auf unbestimmte Zeit Wasser aus der Heide. Daß die Landschaft, darunter viele geschützte Feuchtgebiete, beschädigt wird, befürchten auch die Hamburger.

Einstweilen setzt Senator Kuhbier auf Wassersparen. Freiwillig pumpt das Wasserwerk in der Heide fünf Millionen Kubikmeter Wasser weniger ab als vertraglich gesichert. Zusätzlich investiert die Wasserbehörde in diesem Jahr – bescheidene – 600 000 Mark in Praktisches: Gefördert werden beispielsweise Spartasten für WC-Spülungen, Durchflußbegrenzer in Wasserhähnen, die Umstellung von Wasser- auf Luftkühlung sowie der Einbau von Wasserzählern. Großverbraucher bekommen keine Sonderpreise mehr und sollen nun gebrauchtes Wasser wiederverwenden.

Die Wasserschützer meinen, das alles sei zu wenig. Sie fordern neue Verhandlungen zwischen Hamburg (SPD) und Niedersachsen (CDU) mit dem Ziel, die Fördermenge drastisch zu senken. Dafür aber sieht Niedersachsen derzeit „keinen Grund“, Hamburg hält Gespräche ebenfalls „gegenwärtig für überflüssig“.

Die Hamburger Grün-Alternative Liste vermutet, daß der Senat der Hansestadt erst aufwachen werde, wenn es zu einer „Lawine von Schadenersatzforderungen“ aus der Nordheide kommt – am Portemonnaie waren die Hanseaten schon immer empfindlich.



Schierhorn, ausgetrocknetes Feuchtgebiet

schichten und Plastikfolien gegen den Untergrund isoliert. Doch die Kunststoffabdichtung ist aus Kostengründen zumeist allenfalls für eine Haltbarkeit von fünfzig Jahren angelegt. Im Müll enthaltene Lösungsmittel sind ohne weiteres in der Lage, Plastikfolien zu durchdringen, ohne sie zu zersetzen – Chemiker nennen den Vorgang Permeation.

Schon 150 Gramm Kohlenwasserstoffe pro Tag und Quadratmeter reichen hin, eine korrekt verlegte und unbeschädigte Deponie-Dichtungsfolie zu überwinden, haben Forscher der Bundesanstalt für Materialprüfung herausgefunden. „Der Einbau von Kunststoff-Folien zur Abdichtung von Deponien gegen das Grundwasser“, folgern die hessischen Grünen aus solchen Befunden, „dürfte allenfalls zur Beruhigung der Genehmigungsbeamten beitragen.“

Nicht einmal dicke Zementwänden schützen das Grundwasser vor den krebserzeugenden Stoffen der CKW-Gruppe. Einige Lösungsmittel gehen, wie der Hanauer Staatsanwalt Reinhard Hübner bei einschlägigen Ermittlungen erfuhr, „durch Beton wie ein heißes Messer durch die Butter“.

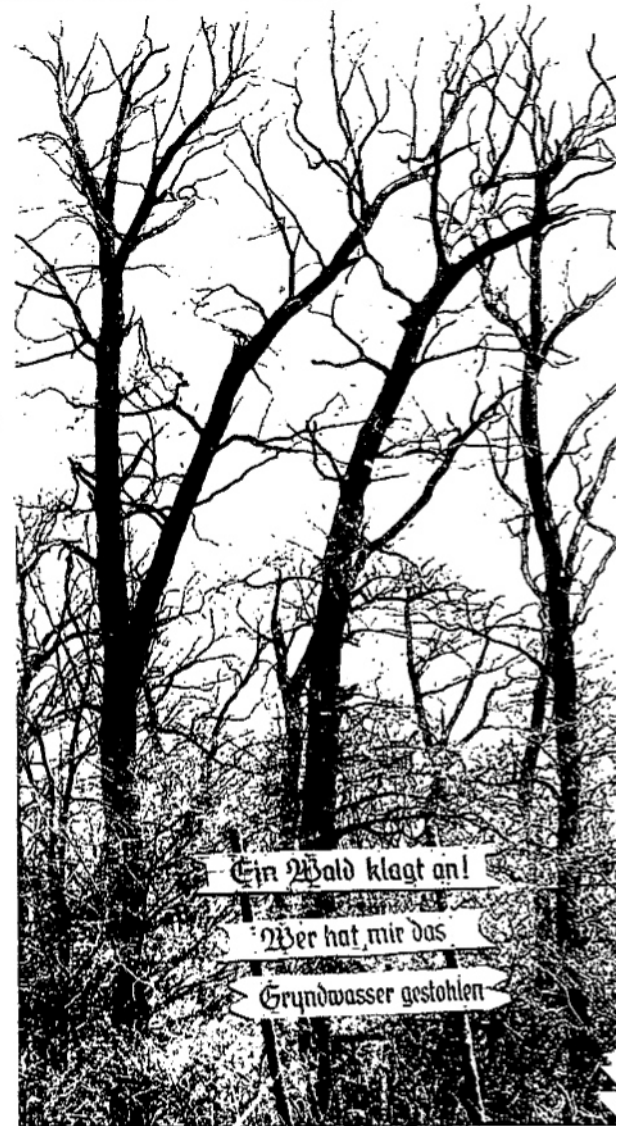
„Dicht wie ein Sieb“, spottet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, seien oft selbst die vom Gesetzgeber für bestimmte Betriebe vorgeschriebenen Auffangwannen aus Beton und Stahl – ein Vorwurf, der von Chemie-Managern gewöhnlich zurückgewiesen wird.

„Die schwören besten Gewissens, daß bei ihnen alles in Ordnung ist“, berichtet der Berliner Professor Karl Aurand, bis 1983 Chef des Instituts für Wasser-, Boden- und Luft-hygiene („Wabolu“) beim Bundesgesundheitsamt, über einschlägige Gespräche, die er mit Industrievorständen geführt hat.

Wie es in Wahrheit zugeht auf abgelegenen Fabrikhöfen und in entfernten Winkeln von Werkhallen, in denen Arbeiter mit Lösungsmitteln hantieren, verrät ein jüngst von Aurand fertiggestelltes, als Lehrfilm für die Industrie konzipiertes Videoband über den Umgang mit Chlorkohlenwasserstoffen.

Aurands Film (Titel: „Per und Tri verschütete nie!“) verschweigt, wo die – nicht gestellten – Szenen gedreht wurden. Wenn die Strafverfolgungsbehörden jemals erführen, wo die Kamera gestanden hat, müßten die Staatsanwälte Sonderschichten einlegen.

Der Umwelt-Professor und sein Kameramann Erhard Kühne („Ich staune immer noch, wo ich überall drehen durfte“) erlebten allenthalben „Umweltsünden live“ (Kühne): Der Film zeigt, wie beim Abfüllen der Chemikalien überall Kleinstmengen danebenfließen, und



Trockenschäden im hessischen Ried „Ökologische Katastrophe“

führt serienweise undichte Fässer und zerfressene Leitungen vor.

Aurands Aufnahmen belegen, warum die gesetzlich verfügten Auffangwannen, die das Grundwasser vor den Folgen solcher Pannen und Schlamereien schützen sollen, ihren Namen nicht verdienen. Der Beton weist Risse auf, und selbst wenn die darunter verlegte Dichtungsfolie hält, was der Hersteller verspricht, so ist unter dem Angriff der Lösungsmittel häufig der Klebstoff zerfressen, der die Plastikbahnen verbindet.

Ein Betrieb, der solche Leckagen vermeiden wollte, ließ eine Auffangwanne aus teuerstem „V 4 A“-Stahl einbauen – mehr als der Gesetzgeber verlangt. Doch „nach einer Weile“, berichtet Aurand, „wunderten sich die Arbeiter, daß in der Wanne nichts drin war“. Der Professor kam und filmte den Grund: Bereits nach zehn Wochen waren die Schweißnähte zersetzt, flossen Gifte ins Grundwasser.

In zwei Drittel der 470 Chemischen Reinigungen in Berlin entdeckten Kontrolleure jüngst Mängel im Umgang mit Umweltgiften. Von einigen Lösungs-

